

[SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 51-54
Abschrift]

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Verkehrswesen
DER MINISTER

1066 Berlin, den 16. Jan. 1980
Voßstraße 33

Streng vertraulich!
- Persönlich -

Mitglied des Politbüros und
Sekretär des Zentralkomitees der SED
Genossen Paul V e r n e r
1020 B e r l i n
Am Marx-Engels-Platz 2

Werter Genosse Verner !

Nach dem Stand vom 16. 1. 1980, 14.00 Uhr, gebe ich folgende weitere Information zur Durchführung der Maßnahmen in den Reichsbahn-Ausbesserungswerken Grunewald und Tempelhof entsprechend dem Beschluß des Politbüros vom 20. 11. 1979:

In beiden Reichsbahn-Ausbesserungswerken herrschte am heutigen Tage starke Erregung über die ausgesprochenen Kündigungen.

Mit den zur Entlassung vorgesehenen restlichen Mitarbeitern wurden heute die Gespräche geführt und die Kündigungsschreiben überreicht. Offen sind in beiden Ausbesserungswerken 10 Gespräche, die wegen Krankheit bzw. Urlaub nicht geführt werden konnten.

Die Genossen des Reichsbahn-Ausbesserungswerkes Grunewald sollen am 16. 1. 1980 vom Vorsitzenden der SEW darüber informiert worden sein, daß der Vorstand der SEW mit den beschlossenen Maßnahmen einverstanden ist, aber nicht mit der Form ihrer Durchführung. Er soll Kritik an den getroffenen Entscheidungen der Deutschen Reichsbahn geübt haben.

Der Vorsitzende der SEW-Betriebsgruppe des S-Bahnbetriebswerkes Wannsee erklärte, daß er vom Stellvertretenden Kreisvorstand der SEW Zehlendorf autorisiert worden sei, allen Kollegen und Genossen sofort mitzuteilen, daß der Parteivorstand der SEW über die Kündigungen nicht informiert war. Der Parteivorstand habe entsprechende Maßnahmen mit den zuständigen Stellen der DDR eingeleitet, um die Kündigungen zurückzunehmen und sie in Umsetzungen umzuwandeln.

Die Genossin Inge Kopp, Stellvertreterin des Vorstandes der SEW, bat in der Nacht vom 15. zum 16. 1. 1980 den Sektorenleiter der Politischen Abteilung der Reichsbahndirektion Berlin, Genossen Wenzel (Mitglied des Parteivorstandes der SEW), zu einem Gespräch. Dabei informierte sie, daß im Verlauf des 15. 1. 80 eine Vielzahl von Genossen aus Betriebsgruppen der SEW bei der Deutschen Reichsbahn den Parteivorstand der SEW aufgesucht hätten. Die Kritiken waren insbesondere gegen die Auswahl der zu kündigenden Kollegen gerichtet. Es

wurde weiterhin kritisiert, daß die Liste nicht vorher mit den Genossen der Reichsbahn-Ausbesserungswerke beraten wurde. Außerdem richtete sich die Kritik dagegen, daß nicht vorrangig statt der Kündigungen Umsetzungen in produktive Tätigkeiten angeboten wurden bzw. entsprechenden Wünschen nachgekommen worden ist.

Die Genossen im Reichsbahn-Ausbesserungswerk Tempelhof berufen sich auf eine angebliche Aussage der Genossin Kopp, wonach die Deutsche Reichsbahn großzügig verfahren werde und Entlassungen nur dann ausgesprochen werden, wenn keine andere Tätigkeit angeboten werden kann.

Im Reichsbahn-Ausbesserungswerk Tempelhof fand heute um 10.00 Uhr eine BGL-Sitzung statt, in der beschlossen wurde, eine gewerkschaftliche Eingabe an den Bundesvorstand des FDGB zu richten, weil die gewerkschaftliche Mitwirkung nicht gewahrt wurde. Gleichzeitig wurde der Bezirksgewerkschaftsleitung das Mißtrauen ausgesprochen. Die Mitglieder dieser Betriebsgewerkschaftsleitung erklärten aber, sie wollen gegen Panikmacher auftreten. Versuche, die Situation durch Einwirkung aus anderen Dienststellen anzuheizen, wurden als Provokationen zurückgewiesen. Die Betriebsgewerkschaftsleitung legte die Einberufung einer Vertrauensleute-Vollversammlung fest. Dort wurde der Standpunkt der Betriebsgewerkschaftsleitung unterstützt und bestätigt.

Im Reichsbahn-Ausbesserungswerk Grunewald wurden von einer kleinen Gruppe von Eisenbahnern eine illegale Versammlung durchgeführt und dabei folgende Forderungen formuliert:

Absetzung des BGL-Vorsitzenden, der als einziger für die Kündigungen gestimmt hatte
Einsatz des Vertreters des bisherigen BGL-Vorsitzenden als BGL-Vorsitzenden
Rücknahme der Kündigungen
Einsatz der gekündigten Mitarbeiter in anderen Reichsbahn-Dienststellen.

Insgesamt wird von den Genossen der Politischen Abteilung der Reichsbahndirektion Berlin, die das Geschehen in den beiden Reichsbahn-Ausbesserungswerken unmittelbar aktiv verfolgen, eingeschätzt, daß nach und nach eine Versachlichung in der Diskussion eintritt.

In Einzelfällen sind provokatorische Handlungen bzw. Versuche von Westberliner Eisenbahnern bekannt geworden, die illegale Maßnahmen anstreben.

Die Veröffentlichungen vom heutigen Tage in der bürgerlichen Presse Westberlins haben Gerüchte in den anderen Reichsbahn-Dienststellen Westberlins ausgelöst. Es gab vielfältige Falschinformationen. Gleichzeitig stellen viele Eisenbahner die Frage nach der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Vielfach sind solidarische Erklärungen für die von der Kündigung betroffenen Eisenbahner abgegeben worden.

Die Entlassungen von Westberliner Eisenbahnern werden in starkem Maße als Wortbruch der Deutschen Reichsbahn diskutiert; nunmehr seien Westberliner Eisenbahner verunsichert. Es werden Vergleiche zu Veröffentlichungen in der Zeitung „Die Wahrheit“ der letzten Zeit hergestellt, die sich mit bevorstehenden Entlassungen bei der AEG beschäftigen. Auch wurden Kritiken an der bisherigen Personalpolitik der Deutschen Reichsbahn geübt, die erst verursachte, daß es zu dem „Wasserkopf“ in den Reichsbahn-Ausbesserungswerken Grunewald und Tempelhof gekommen sei.

Die Entwicklung in Realisierung der Festlegungen des Politbüro-Beschlusses vom 20. 11. 1979 wird von mir weiterhin persönlich kontrolliert.

Die gleiche Information habe ich dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genossen Dr. Günter Mittag, zugeleitet.

Mit sozialistischem Gruß
[Unterschrift]